

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt / LTMG

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird
und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs
auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des
Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären (*Zutreffendes bitte ankreuzen*),

dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der
Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des
Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen
Rechtsverordnung entspricht

oder

mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die
Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

- dass ich mir/wir uns
von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten
Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso
abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen
der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen
Auftraggeber vorlege(n);

oder

von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung
geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem
öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die
Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4
LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den

Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Name und E-Mail-Adresse des bevollmächtigten Erklärenden